Leserdialog 25



Lesermeinung

Die Konsequenz aus der Post-Privatisierung

Die Verärgerung über wiederholte Schließungen von Postfilialen ist verständlich, weil die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativen Postdienstleistungen einen wichtigen Teil der Infrastruktur und Lebensqualität darstellt. Diese Entwicklung kommt allerdings nicht von ungefähr, sondern hat ihre wesentlichen Ursachen in der Teilprivatisierung der Österreichischen Post AG und deren Börsegang vor mehr als 10 Jahren.

Dass die Aktionäre kein Zusammenschluss Wohltätiger sind, darf als allgemein bekannt vorausgesetzt werden. Sie verlangen vom jeweiligen Vorstand nicht nur steigende Aktienkurse, sondern wollen auch immer höhere Dividenden kassieren. Da ist zuerst Gewinnmaximierung und nicht gemeinwirtschaftliches Handeln angesagt. Das zeigen Dividenden und Kursentwicklung der Aktiengesellschaft Post über Jahre hinweg sehr deutlich.

Die Zahler für diese Entwicklung sind nicht nur die Bevölkerung, auch die Postbediensteten
sind davon negativ betroffen.
Dass sich die Post AG erstmals im
AK-Schwarzbuch der Arbeitswelt
durch Arbeitsrechtsverletzungen
findet (die OÖN berichteten), ist
wohl ein unrühmlicher Meilenstein in der Unternehmensgeschichte. Die Gewinner solcher Politik sind also zweifellos nur ein
kleiner betuchter Teil der Bevölkerung, nämlich die Aktienbesitzer.

Eine Mitverantwortung für die Zustände im Unternehmen selbst sowie für die Kritik an Postfilialenschließungen trifft auch Finanzminister Schelling. Als Eigentümervertreter der Republik müsste er einen Gutteil der Dividenden, die auch in sein Budget fließen, für eine ordentliche Infrastruktur zur Verfügung stellen und die Zuschauerrolle ablegen.

Markus Sammer, Gewerkschaft der Post und Fernmeldebediensteten OÖ